

369



## Der Freiheits- kämpfer

Organ der Kämpfer für  
Österreichs Freiheit

61. Jahrgang – Nr. 36 – Juli 2012

## Europas Schuldenmisere, das Auslaufmodell Demokratie ...

## Gedenkveranstaltungen in Hadersdorf/Kamp und Stein/Donau

# Die Würde des Menschen

## Dollfuß- Gedenken

Wie alljährlich versammeln  
wir uns auch heuer am

**Samstag, den  
21. Juli 2012, 10h,  
am Hietzinger  
Friedhof**

zum Gedenken an die  
Ermordung von Bundes-  
kanzler Dr. Engelbert Dollfuß  
so wie der drei Offiziere  
Biedermann, Huth und  
Raschke.

Wir treffen uns um 9:45 Uhr  
beim Eingang Maxingstraße,  
Autobusstation. Zu erreichen  
entweder von der Station  
Kennedybrücke der U4 und  
weiter mit Autobus 58B oder  
von der Schnellbahnstation  
Meidling mit Autobus 8A  
in Richtung ORF-Zentrum.



Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 4. Mai 2012 im Parlament.

# Europas Schuldenmisere, das Auslaufmodell Demokratie und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)

**Zig Billionen Euro Schulden sind mittlerweile das zentrale Thema europäischer Politik. Ein Euro-Kollaps kann nicht mehr ausgeschlossen werden, denn immer mehr Euro-Nationen tendieren trotz zahlreicher Rettungspakte in Richtung Staatsbankrott. Deshalb rüstet sich zum Beispiel die Schweizerische Nationalbank für den Fall eines Euro-Zusammenbruchs.<sup>1</sup>**

In den Anfängen der EU ging es um eine wirtschaftliche Verflechtung der europäischen Nationen, um militärische Konflikte zukünftig zu vermeiden. Mittlerweile befinden sich die europäischen Nationen aufgrund einer konsequenten Geldverschwendungspolitik, die ohne Euro in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen wäre, in einem Teufelskreis aus immer höheren finanziellen Verpflichtungen (Schulden, Zinsen, Zinseszinsen, Rettungsschirme, Bankenrettungen usw.) und einem immer begrenzteren Zugang zu Geld (Herabstufung der Kreditwürdigkeit, kein Wirtschaftswachstum, Rezession, weniger Steuereinnahmen, höhere Zinslasten, Kapitalflucht usw.). Dieser die Mitglieder der EU bestimmende Teufelskreis hat seine Ursachen letzten Endes im ungedeckten Papiergeldsystem, in der Geldschöpfung und im Zinssystem, da Schulden (aber auch Vermögen und die Geldmenge) durch die Zinseszinsen exponentiell wachsen, während die Wirtschaft mehr oder weniger linear wächst – falls sie überhaupt wächst.

Zur Verdeutlichung des Zinseszinsensystems dient die Geschichte vom sogenannten „Josephspfenning“, welche die mathematische Ausweglosigkeit des Zinseszinsensystems zeigt:

*„Joseph legt [zur Geburt Jesu] 0,01 € auf dem Tagesgeldkonto bei der Jüdischen Volksbank mit einer Rendite von 5% pro Jahr an; nach 2011 Jahren befindet sich ein Betrag von 40.895.962.098.293.600.000.000.000.000 € auf seinem Konto“.<sup>2</sup>*

Ein auf Zinsen aufgebautes Geldsystem zerstört sich daher in regelmäßigen Abständen von selbst. Immer wieder wurden überbordende Staatsschulden durch Geldentwertungen und Währungsreformen abgebaut. In Österreich hatten wir im Zuge verschiedener Währungsreformen Gulden, Krone, Schilling usw. In der Währungsreform von 1924/25 waren beispielsweise 10.000 Kronen in einen Schilling umzutauschen. Am 20. November 1923 bekam man in Deutschland für eine Goldmark 1 Billion Papiermark. Gegenwärtig zahlt der österreichische Steuerzahler jährlich etwa 8 Milliarden Euro Schuldzinsen, die Schulden selbst werden dadurch noch gar nicht getilgt. Statt des versprochenen „Brigitte-Ederer-Tausenders“<sup>3</sup> sind gigantische Schulden angehäuft worden.

Wenn es innerhalb der EU noch Volksabstimmungen gäbe, dann hätten weder die Öster-

reicher, noch die Deutschen usw. der Einführung des Euro zugestimmt, wenn sie nicht mit der Propaganda vom „Brigitte-Ederer-Tausender“ überrumpelt worden wären. Im Europawahlkampf 1994 wurde den Österreichern versprochen, dass der Schilling auch nach einem EU-Beitritt bleiben werde. Auch in Deutschland wurden entsprechende Lügen propagiert: „Der Euro ist kein Teuro. Er ist genau so hart wie die D-Mark“ (Hans Eichel, Bundesminister der Finanzen 1999-2005), „Ihr könnt darauf vertrauen, dass der Euro eine stabile Währung sein wird. Das funktioniert“<sup>4</sup> (Wolfgang Schäuble, seit Oktober 2009 Bundesminister der Finanzen).

Die Wirklichkeit sieht so aus: Österreich ist schwer verschuldet und bezahlt zu allem Überfluss die Schulden all jener Nationen, für die der Euro die falsche (zu harte) Währung ist. Diese wettbewerbsschwachen Euro-Länder wurden ursprünglich durch Betrug (Griechenland)<sup>5</sup>, mit billigen Krediten, Transferzahlungen usw. in die Eurozone

gelockt, wodurch sie sich scheinbar eine Zeit lang wirtschaftlich gut entwickeln konnten. Dass Österreich für die Schulden anderer Nationen bürgt, widerspricht allerdings geltendem EU-Recht, denn im „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV) heißt es:

*„Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderer öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein“ [AEUV, Artikel 125 (1)].*

Wie man sieht, wird in Europa geltendes Recht beliebig außer Kraft gesetzt. Zum Beispiel hatten nach einem Bericht der „New York Times“<sup>6</sup> (vom 13. Februar 2010) US-Banken wie „Goldman Sachs“ Griechenland in den letzten zehn Jahren dabei geholfen, das Ausmaß seiner Staatsverschuldung

1 <http://www.handelsblatt.com/politik/international/waerungsszenario-die-schweiz-ruestet-sich-fuer-den-euro-crash/6681992.html>

2 <http://www.saada.de/kapital/finanzdienstleistungen/item/2553-zinseszins-joseph-cent-rechnung>

3 „Der Ederer-Tausender bezeichnet jenen Betrag, den sich die Österreicher durch den EU-Beitritt im Jahr 1995 sparen sollten. Laut der damaligen EU-Staatssekretärin Brigitte Ederer würden die Lebenshaltungskosten in Österreich soweit sinken, dass eine durchschnittliche vierköpfige Familie um 1.000 Schilling pro Monat billiger leben könnte.“

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Ederer-Tausender>

4 [http://www.focus.de/finanzen/doenchkolumne/deutsche-euro-politik-unter-beschuss-sarrazins-schlag-gegen-die-scheinheiligen\\_aid\\_756090.html](http://www.focus.de/finanzen/doenchkolumne/deutsche-euro-politik-unter-beschuss-sarrazins-schlag-gegen-die-scheinheiligen_aid_756090.html)

5 Griechenland hat sich den Beitritt zur Europäischen Währungsunion mit gefälschten Defizit-Zahlen erschlichen.

6 [http://www.nytimes.com/2010/02/14/business/global/14debt.html?\\_r=1&dbk](http://www.nytimes.com/2010/02/14/business/global/14debt.html?_r=1&dbk)

zu verschleiern.<sup>7</sup> Der Chef für europäisches Risiko-Management bei „Goldman Sachs“ war damals ein gewisser Mario Draghi, der jetzt Chef der „Europäischen Zentralbank“ (EZB) ist. Dieselbe EZB hat die Gelddruckerei zum Allheilmittel erklärt und kauft derzeit Staatsanleihen der bankrotten Euroländer, obwohl „der unmittelbare Erwerb von Schuldtiteln ... durch die Europäische Zentralbank“ verboten ist [AEUV, Artikel 123 (1)].

Auf der Homepage der „Europäischen Kommission“ heißt es zur Frage „Warum brauchen wir den Euro?“:

*„Abgesehen davon, dass eine gemeinsame Währung das Reisen erleichtert, ist sie wirtschaftlich und politisch äußerst sinnvoll. Der Rahmen, in dem der Euro verwaltet wird, gewährleistet die Stabilität dieser Währung mit geringer Inflation und geringen Zinssätzen und fördert solide öffentliche Finanzen. [...] Und nicht zuletzt ist der Euro für die EU-Bürger ein greifbares Symbol ihrer europäischen Identität, auf die sie in steigendem Maße stolz sein können, da die damit verbundenen Vorteile dank der Euro-Zone für die jetzigen und zukünftigen Mitglieder erweitert und vervielfacht werden.“<sup>8</sup>*

Wenn vonseiten der wirtschaftlich gescheiterten Europäischen Union von einer angeblichen „europäischen Identität“ die Rede ist, dann besteht die Identität der Europäer fort-

an wohl darin: Das gesamte Risiko für das Schuldenchaos trägt der Steuerzahler, wirtschaftliches Fehlverhalten wird mit Rettungspaketen belohnt, die disziplinierten Länder müssen diese bezahlen, entlastet werden ausschließlich Gläubigerbanken.

Vor der Einführung des Euro gab es eine friedliche Koexistenz der Nationen in Europa, nach der Einführung des Euro sind Armut, Arbeitslosigkeit, Schulden, Wettbewerbsunfähigkeit und Spaltungen zwischen den Nationen vermehrt aufgetreten. Folgendes Zitat illustriert diese Tatsachen: Der Leiter von SOS-Kinderdorf Griechenland, George Protopapas, wird auf der österreichischen Homepage von SOS-Kinderdorf wie folgt zitiert:

*„Es haben schon hunderte Eltern bei uns angefragt, ob sie ihre Kinder bei uns lassen können, da sie nicht mehr in der Lage sind, für sie zu sorgen [...]. 2011 haben wir die SOS-Familienhilfe vervielfacht. Doch das wird nicht ausreichen. Wir planen dieses Jahr eine weitere massive Ausweitung der Hilfe...“<sup>9</sup>*

In der Eurozone gibt es das hausgemachte Problem, dass die Wirtschaftskraft der verschiedenen Nationen mit der Euro-Währung nicht im Einklang steht. Der Euro ist für Deutschland eine relativ weiche Währung, während er für Griechenland, Spanien, Portugal, Irland, Italien, Zypern usw. viel zu hart

ist. Die wenigen Wachstumsmärkte sind die Schulden, ungelöste Probleme und eine unproduktive Bürokratie. Während die EU-Mitgliedstaaten die EU-Konvergenzkriterien<sup>10</sup> kaum oder überhaupt nicht mehr erfüllen können, erfüllen zumindest die EU-Nachbarländer Norwegen, Schweiz und Schweden (ist nicht Teil der Eurozone) diese EU-Konvergenzkriterien mühelos.

Die am höchsten verschuldeten Staaten Europas sind Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Belgien. Die Gesamtverschuldung der Eurozone liegt durchschnittlich bei ca. 87% des BIP (Bruttoinlandsprodukt). Daran kann man erkennen, dass die EU-Konvergenzkriterien von kaum einer Nation der Eurozone eingehalten werden bzw. eingehalten werden können.<sup>11</sup>

Nun zu einem europäischen Lösungsansatz dieser Schuldenkrise, der „ESM“<sup>12</sup> (Europäischer Stabilitätsmechanismus) genannt wird:

Der ESM ist eine internationale Finanzinstitution (mit Sitz in Luxemburg), welche die astronomisch verschuldeten, instabilen und zahlungsunfähigen Mitgliedstaaten der Eurozone finanziell weiterhin mit Krediten und Steuergeldern versorgen soll, für welche die Steuerzahler der stabileren Euro-Nationen haften müssen – wodurch die eigentliche Lösung des Problems, eine Entschuldung, hinausgeschoben wird, da das Schuldenmachen unbeirrt weitergeht. Durch die Mittel des ESM können die von der Zahlungsunfähigkeit betroffenen Euro-Nationen, die am freien Markt keine Kredite mehr bekommen, noch einige Gläubiger bedienen oder Banken retten, denn die wettbewerbsfähigeren Euro-Nationen werden dafür enteignet, ohne dass der normale Bürger oder der die Misswirtschaft subventionie-

rende Steuerzahler jemals danach gefragt worden wären, ob sie eine Euro-Haftungsgemeinschaft haben möchten. Der Zusammenbruch der Euro-Währung soll durch den ESM hinausgezögert werden, indem er an der Substanz der gesünderen Volkswirtschaften zehrt.

Weiters geht es beim ESM (der am 9. Juli 2012 starten soll) darum, den europäischen Gleichschaltungsprozess absolutistisch fortzusetzen. Ein Schritt der europäischen Gleichschaltung ist der Verlust der fiskalpolitischen Souveränität der unterzeichnenden Mitgliedsländer:

*„Die Europäische Kommission wird – im Benehmen [sic!] mit der EZB und nach Möglichkeit zusammen mit dem IWF – damit betraut, die Einhaltung der mit der Finanzhilfefazilität verbundenen wirtschaftspolitischen Auflagen zu überwachen“ [ESM, Artikel 13 (7)].*

Durch den ESM soll um jeden Preis am Euro festgehalten werden, damit angesichts der wirtschaftlich und politisch zunehmenden Spannungen in Europa keine Nation auf den Einfall kommt, dass es mit der alten nationalen und der eigenen Wirtschaftsleistung entsprechenden Währung viel besser gehen könnte, als mit dem Euro. Insofern ist im ESM (5) beschönigend von einer „stärkeren Wirtschaftsunion“ und einer „verstärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung“ die Rede:

*„Am 9. Dezember 2011 haben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, vereinbart, Schritte in Richtung auf eine stärkere Wirtschaftsunion zu unternehmen, einschließlich eines neuen fiskalpolitischen Pakts und einer verstärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung, die durch einen Vertrag*

7 [http://de.wikipedia.org/wiki/Griechische\\_Finanzkrise#cite\\_note-28](http://de.wikipedia.org/wiki/Griechische_Finanzkrise#cite_note-28)

8 [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/euro/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/euro/index_de.htm)

9 <http://www.sos-kinderdorf.at/informationen/aktuelles/sos-kinderdorf-nachrichten/pages/hilfsappellvonsos-kinderdorfgrichenland.aspx>

10 Der staatliche Schuldenstand darf nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen.

11 Die Staatsverschuldung der USA liegt in Relation zum BIP momentan bei ca. 106%.

12 Ein Link zum Download des ESM:

[http://www.bundesfinanzministerium.de/nm\\_1270/DE/Wirtschaft\\_und\\_Verwaltung/Europa/Der\\_Euro/Stabilitaet/Stabilisierung-des-Euro/20120202-ESM-Vertrag,templateId=raw,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesfinanzministerium.de/nm_1270/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/Der_Euro/Stabilitaet/Stabilisierung-des-Euro/20120202-ESM-Vertrag,templateId=raw,property=publicationFile.pdf)

► über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion („VSKS“) umzusetzen ist.“

Das bedeutet die Übernahme der Kontrolle über die nationalen Staatsfinanzen. Nicht mehr die nationalen Parlamente sind der Souverän im eigenen Haus, sondern die Europäische Kommission und die entsprechende Bürokratie.

Das Grundkapital des ESM beträgt anfangs 700 Milliarden Euro (der Anteil Österreichs beträgt 19,48 Milliarden Euro). Jederzeit kann der ESM eine Änderung dieses Grundkapitals vornehmen:

„Der Gouverneursrat [...] kann beschließen, das genehmigte Stammkapital zu verändern...“ [ESM, Artikel 10 (1)].

Jederzeit kann der ESM Kredite in unbegrenzter Höhe und beliebig aufnehmen:

„Der ESM ist befugt, zur Erfüllung seiner Aufgaben an den Kapitalmärkten bei Banken, Finanzinstituten oder sonstigen Personen und Institutionen Kapital aufzunehmen“ [ESM, Artikel 21 (1)].

Der Gouverneursrat kann die nationalen Beiträge unbeschränkt erweitern, die dann innerhalb von 7 Tagen von den noch irgendwie zahlungsfähigen Mitgliedsländern an den ESM überwiesen werden müssen:

„Die ESM-Mitglieder verpflichten sich unwiderruflich und uneingeschränkt, Kapital, das der Geschäftsführende Direktor gemäß diesem Absatz von ihnen abruft, innerhalb von sieben Tagen ab Erhalt der Aufforderung einzuzahlen“ [ESM, Artikel 9 (3)].

Diese gigantischen Summen werden nur Gläubigerbanken zu sehen bekommen. Die EU dient

nicht mehr den Bürgern, sondern den Banken.

Alle Vertragspartner<sup>13</sup> sind völkerrechtlich verpflichtet, den ESM-Vertrag einzuhalten. Durch diese Parallelstruktur (Völkerrecht parallel zu EU-Recht) werden wir der letzten Reste demokratischer Mitbestimmung beraubt. Das Europaparlament spielt eigentlich überhaupt keine Rolle mehr. Die Abschaffung der Demokratie ist in der EU wieder in Mode gekommen: Griechenland (Premierminister Loukas Papadimos) und Italien (Ministerpräsident Mario Monti) haben zurzeit keine demokratisch gewählten Regierungen und in Brüssel sitzt ebenfalls eine nicht demokratisch gewählte Kommission, die aus Politikern besteht, die teilweise in ihren jeweiligen Heimatländern ausranziert wurden.

Der ESM ist also kein Organ der „Europäischen Union“ (EU) und steht außerhalb des EU-Rechts. Der ESM widerspricht sowohl dem EU-Recht als auch den nationalen Verfassungen. Dadurch, dass der ESM-Vertrag ein völkerrechtlicher Vertrag ist, wird das EU-Verbot der Haftung für Schulden anderer Staaten (no-bail-out-Klausel; AEUV, Artikel 125)<sup>14</sup> umgangen und Volksbefragungen bewusst vermieden. Weiters sind die unterzeichnenden Nationen der Eurozone völkerrechtlich immer an den ESM gebunden, egal was in Zukunft geschieht – auch dann, wenn es die EU gar nicht mehr gibt. Das heißt, dass durch den ESM den kommenden Generationen unüberwindbare Schuldenberge hinterlassen werden und die bisherigen Gläubiger ihr gesamtes Risiko auf die Steuerzahler abwälzen. In der Heiligen Schrift heißt es zu diesem Thema:

„Du nimmst Zins und treibst Wucher und erpresst deinen Nächsten. Mich aber hast du vergessen – Spruch Gottes, des Herrn.“ (Ez 22, 12)

Dadurch ist der Weg der Europäischen Union vorgezeichnet. Eigentlich sollten sich angesichts des EU-Schuldenchaos die Politiker darauf besinnen, die Verfassung zu schützen und den Bürgern zu dienen – und sich nicht nur mehr dem bloßen Schuldenmachen widmen.

Warum wird der ESM weder in den Massenmedien noch in der Politik offen diskutiert? Der ESM bekommt ganz außergewöhnliche Vollmachten. Sind diese Vollmachten im Interesse der Bürger oder im Interesse einiger Gläubiger? Der ESM ist unkündbar und steht über jedem Gesetz:

„Das Eigentum, die Mittelausstattung und die Vermögenswerte des ESM genießen unabhängig davon, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, Immunität von Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jeder sonstigen Form des Zugriffs durch vollziehende, gerichtliche, administrative oder gesetzgeberische Maßnahmen“ [ESM, Artikel 32 (4)].

Die Allmachtsphantasien dieses Ermächtigungsvertrags bedeuten ein Abrücken von Republik und Demokratie und schaffen ein neues Europa, das ohne Bürgerbeteiligung auskommen werden soll: Die staatliche Souveränität und die Gewaltenteilung werden außer

Kraft gesetzt; eine parlamentarische Kontrolle ist nicht vorgesehen; der ESM ist nicht demokratisch gewählt; der Steuerzahler wird genötigt, sein Vermögen auf Befehl abzuliefern, da es für den ESM keine Begrenzung nach oben gibt; der ESM und die dazugehörige Bürokratie besitzen eine vollständige rechtliche Immunität, können aber selbst klagen. Die wirtschaftlich besseren Nationen werden enteignet und die Früchte ihrer Arbeit in instabile und zahlungsunfähige Nationen planwirtschaftlich umgeschichtet. Das sind wesentliche Gründe dafür, warum die Massenmedien um den ESM einen weiten Bogen machen und die Politik um den Souverän, den Bürger.

Was in den Medien allerdings schon diskutiert wurde, ist der Fall von Univ.-Prof. Dr. Franz Hörmann, der an der Wirtschaftsuniversität Wien und an der Johannes Kepler Universität Linz unterrichtete. Prof. Hörmann kritisierte das bestehende Finanzsystem, was aufgrund des europäischen Schuldenchaos naheliegend ist. Da man ihn mit Argumenten ganz offensichtlich nicht überwinden konnte, wurde er im Februar 2012 durch die Wirtschaftsuniversität Wien aufgrund von „zweifelhaften Aussagen über den Holocaust“<sup>15</sup> vorläufig vom Dienst suspendiert. Am 5. April

<sup>13</sup> Es handelt sich beim ESM um einen „VERTRAG ZUR EINRICHTUNG DES EUROPÄISCHEN STABILITÄTSMCHANISMUS ZWISCHEN DEM KÖNIGREICH BELGIEN, DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, DER REPUBLIK ESTLAND, IRLAND, DER HELLENISCHEN REPUBLIK, DEM KÖNIGREICH SPANIEN, DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK, DER ITALIENISCHEN REPUBLIK, DER REPUBLIK ZYPERN, DEM GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG, MALTA, DEM KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE, DER REPUBLIK ÖSTERREICH, DER PORTUGIESISCHEN REPUBLIK, DER REPUBLIK SLOWENIEN, DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK UND DER REPUBLIK FINNLAND“.

<sup>14</sup> „Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein“ [Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), Artikel 125 (1)].

<sup>15</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Franz\\_H%C3%B6rmann](http://de.wikipedia.org/wiki/Franz_H%C3%B6rmann)

2012 wurde das OGH-Verfahren gegen Prof. Hörmann eingestellt. Das Urteil ist rechtskräftig. Trotzdem wurde ein Kritiker des derzeitigen Schulensystems mundtot gemacht. Prof. Hörmann ist aktuell nicht mehr auf der Homepage der Wirtschaftsuniversität Wien zu finden. Auf seiner eigenen Homepage heißt es:

„Am 2. Februar 2012 wurde ich, nach einem manipulierten Interview, einer Medienkampagne sowie einer Anzeige des Rektorats vorübergehend

vom Dienst suspendiert. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen eingestellt. Ein Disziplinarverfahren des Ministeriums ist immer noch ausständig“<sup>16</sup>.

Eine Zeitung, die sich bei der Rufmord-Kampagne gegen Prof. Hörmann besonders engagierte, war „Der Standard“. In der Internet-Ausgabe dieser Zeitung erschien am 28. Jänner 2012 ein Artikel mit dem Titel: „Das Problem mit Franz Hörmann“<sup>17</sup>. Der Untertitel dieses journalistischen Unternehmens,

einen Universitätslehrer beruflich und sozial zu zerstören, lautete: „Der WU-Professor ist nicht rechtsextrem, aber seine Wirtschaftsthesen gehören nicht in den Hörsaal“. Zwar heißt es im Staatsgrundgesetz, Artikel 17: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“, aber der mit einer staatlichen Presseförderung ausgestattete Journalismus stellt sich offenbar in den Dienst existenzzerstörender Kampagnen statt sich berechtigter Fragen an-

<sup>16</sup> <http://www.franzhoermann.com/>

<sup>17</sup> <http://derstandard.at/1326504015830/Das-Problem-mit-Franz-Hoermann>

zunehmen oder Grundrechte zu verteidigen.

Die gegenwärtige Entwicklung der Eurozone macht deutlich, dass in überschuldeten Nationen der Wille der Bürger nebensächlich ist, die Nationen ihre Selbstbestimmung verlieren und die Spannungen zunehmen – womit wir beim Gegenteil dessen angelangt sind, was man sich von der Gründung der EU erhoffte.

MH ■

## „Die Würde des Menschen muss stets verteidigt werden“

Unter diesem bedeutenden Thema stand heuer am 4. Mai der „Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus“, der seit 1998 jedes Jahr am Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen im Parlament begangen wird.

**A**uch heuer haben sich wieder Schülerinnen und Schüler sowie Jugendliche mit diesem Thema

sehr eingehend beschäftigt.

Es waren dies:

– die Schule für Gesundheits- und Krankenpflege am SMZ

Ost/Donauspital in Wien

– die HTL Steyr

– Lehrlinge mehrerer Werkstätten des Vereins „Jugend am Werk“

– die Hauptschule Hartkirchen.

Ihre Beiträge waren in schriftlicher Form vorhanden und wurden in einer Ausstel-

lung im Parlamentsgebäude vorgestellt.

Anfangs stellte der Präsident des Bundesrates, Gregor Hammerl, die Würde des Menschen in das Zentrum seiner Worte. Er fragte, wieso Menschen keine Skrupel gehabt hätten, Kinder und Erwachsene einer derart unmenschlichen Behandlung zu unterziehen und zu ermorden. Er verwies auf die Tatsache, dass auch heute noch solche Vorgangsweisen auf der Welt anzutreffen wären und Menschen leider bei dem Hinweis auf solche Gräueltaten abstumpfen. Daher müssen auch in unserer Heimat Einrichtungen bestehen wie der Nationalfonds und der Entschädigungsfonds.

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer erinnerte daran, dass bereits Ende des 19. Jahrhunderts das Klima für Eugenik und Rassenhygiene geschaffen worden war, welches im Nationalsozialismus seinen negativen Höhepunkt erreichte



hatte und leider auch heute noch in weiten Teilen der Welt besteht. Leider haben diese Auswüchse in der Psychiatrie selbst in Österreich bis in die 1970-er Jahre existiert.

Heute ist es selbstverständlich, dass Menschen mit Behin-

verwies auf die Behandlung behinderter Kinder an der „Wiener städtischen Fürsorgeanstalt Am Spiegelgrund“ und die Ermordung aller jener Behinderten, die bloß als kostentreibender Faktor nach unmenschlicher Behandlung und unwürdigen

Versuchen beseitigt wurden. Allein *Am Spiegelgrund* wurden 789 Todesopfer festgestellt und auch nach der offiziellen Einstellung wegen der einsetzenden Proteste sind *Am Steinhof* noch mindestens

3.000 Opfer durch Vernachlässigung, Kälte und Hunger umgekommen.

Nach 1945 sind nur wenige Verantwortliche bestraft worden. Nur der Leiter der Kinderklinik *Am Spiegelgrund*, Dr.

Ernst Illing, wurde verurteilt und hingerichtet, sein Stellvertreter, Dr. Erwin Jekelius, verstarb in sowjetischer Gefangenschaft. Einige Ärzte als Täter – wie zum Beispiel Dr. Heinrich Gross oder Dr. Hans Bertha – konnten ihre wissenschaftliche Karriere fortsetzen und teilweise erneut über bereits vor 1945 behandelte Patienten urteilen.

Sehr spät erst, mit Gründung des Nationalfonds, wurden die „Kinder vom Spiegelgrund“ als Opfer anerkannt und entschädigt.

Die stellvertretende Obfrau des Vereins Schloss Hartheim, Brigitte Kepplinger, betonte in ihren Ausführungen, dass die NS-Ideologie rassenreine und erbgesunde Menschen anstrebte und neben „Fremdrassigen“ auch erbkrankte arische Menschen als Störfaktor in ihrer Zielsetzung betrachtete. Ein rationaler Planungsprozess mit besonderer Geheimhaltung or-

ganisierte diese Tötungsorte und -maschinerien, wo im damaligen NS-Reich innerhalb von 18 Monaten mehr als 70.000 Menschen ermordet worden waren. In Hartheim allein waren es 18.269 Opfer. Am Ende ihrer Darstellungen stellte Kepplinger mit Beunruhigung fest, dass sich Menschen freiwillig zu diesen Gräueltaten meldeten und eine Funktion im Tötungsprozess übernommen hatten.

Im Rahmen der Gedenkveranstaltung las Tobias Moretti aus historischen Dokumenten, die *Am Spiegelgrund* und Schloss Hartheim sowie Opfer dieser Tötungsplätze betrafen.

Das *Adamas Quartett* besorgte die musikalische Umrahmung. Der blinde Komponist und Musiker, Otto Lechner, spielte auf seinem Akkordeon.

GK ■

Parlamentsdirektion/Zoltes KG/Mike Ranz



Tobias Moretti – Lesung zum Spiegelgrund

derung in unserer Gesellschaft total integriert werden und als vollwertige Mitglieder anerkannt sind.

Die wissenschaftliche Leiterin des DÖW, Brigitte Bailer,

## Enthüllung und Segnung der Gedenktafel für Prof. Herbert Exenberger (1943–2009)

Am 12. April 2012 wurde im Hartmannspital in Wien eine Gedenktafel für den 2009 verstorbenen Prof. Herbert Exenberger enthüllt.

Im Hartmannspital, das von den „Franziskanerinnen von der christlichen Liebe“ geführt wird, befindet sich die Dauerausstellung „Restituta-Dokumentation – Glaube gegen NS-Gewalt“. Diese von Prof. Herbert Exenberger maßgeblich mitgestaltete Dokumentation zeigt das Leben und Wirken von Schwester Maria Resti-

tuta (1. Mai 1894 – 30. März 1943), die von Papst Johannes Paul II. 1998 selig gesprochen wurde.

Prof. Herbert Exenberger war Bibliothekar des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes

(DÖW) und gehörte als Gründungsmitglied von Anfang an zum Vorstand des „Restituta-Forums“.

Generaloberin Schwester Mag. Hilda Daurer begrüßte die versammelten Gäste, Dr. Heinz Arnberger hielt die Ansprache und Pfarrer Mag. Martin Leitner segnete die Gedenktafel.

Die „Restituta-Dokumentation“ (1050 Wien, Nikolsdorfergasse 26-36) ist jeden 1. Dienstag eines Monats (außer Juli und August) von 14:00 – 17:00 Uhr geöffnet.



Prof. Herbert Exenberger (1943 – 2009)

MH ■

# Gedenkveranstaltungen in Hadersdorf/Kamp und Stein/Donau

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs organisiert jährlich Veranstaltungen in den genannten Orten, um der hunderten Opfer der Massaker im Gefangenenhaus Stein und bei der Jagd der vorerst entlassenen Häftlinge in Nieder- und Oberösterreich zu gedenken. Heuer fanden die Gedenkfeiern am 15. April statt.

**Am Friedhof in Hadersdorf** am Kamp sprach unter anderen der Bundesobmann unserer Kameradschaft, Dr. Gerhard Kastelic, im Gedenken an die aus dem Wiener Landesgericht nach Stein zu Fuß getriebenen Todeskandidaten und von SS-Truppen ermordeten Häftlinge. Er nahm in seinen Worten besonders auf die beiden Widerstandskämpfer und Franziskanerpatres DDDr. Kapistran (Wilhelm) Pieller OFM und Dr. Angelus (Eduard) Steinwender OFM Bezug, die am 15. April 1945 gemeinsam mit 44 anderen zum Tode verurteilten Gefangenen ermordet worden waren.

P. Pieller OFM wurde am 30. 9. 1891 in Wien geboren, trat im Jahr 1909 in den Orden ein und wurde im Jahr 1918 zum Priester geweiht. In Graz studierte er und erarbeitete sich die Doktorate, war Verbin-

dungsseelsorger der K.ö.H.V. Carolina Graz im österreichischen Cartellverband, fungierte im Jahr 1934 als Gefangenenhauseelsorger in St. Pölten und wirkte auch in Maria Enzersdorf, Eisenstadt und wieder in Graz.

P. Steinwender OFM kam am 14. März 1895 in Maria Lankowitz (Stmk) zur Welt und wurde nach seinem Eintritt in den Orden im Jahr 1913 von Kardinal Piffl im Jahr 1920 zum Priester geweiht. Er wirkte in Graz, St. Pölten und war ab 1937 Hausoberer in Wien, wo er später sogar zum Provinzial bestellt wurde.

Beide kamen mit der „Antifaschistischen Freiheitsbewegung“ in Kontakt und arbeiteten mit.

Die Mitglieder dieser Widerstandsgruppe sind verraten worden. P. Steinwender wurde am 6. Juli und P. Pieller



Gedenken in Hadersdorf

am 23. August 1943 verhaftet. Beim Prozess gegen diese Gruppe am 11. August 1944 sind insgesamt 8 Todesurteile ausgesprochen worden. Die Patres Franziskaner waren entsetzt und haben alles Menschensögliche versucht, diese Urteile abzuändern; selbst Interventionen des Wien Erzbischofs Kardinal Innitzer blieben erfolglos. 3 Mitglieder wurden bereits am 3. März 1945 in Wien durch das Fallbeil hingerichtet, die anderen auf den Fußmarsch nach Stein geschickt, wo die beiden Patres gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Gruppe, dem Priester Anton Granig, dem Lehrer Franz Bernthaler und dem Gendarm

Georg Kofler, am 15. April 1945 durch die Schüsse der SS-Truppe ermordet wurden.

**Am Friedhof in Stein** hielt der Kremser VBgm. Prim. Dr. Reinhard Resch eine Ansprache, in der er vor dem Wiedererstarken rechtsradikaler Kräfte warnte; beim Denkmal für die griechischen Ermordeten erinnerte der Landesobmann Wien des KZ-Verbandes, Dr. Winfried Garscha, an die auch ausländischen Opfer und erstmals im Inneren des Gefangenenhauses konnte beim Denkmal der Gemeinderat Mag. Wolfgang Mahrer seine Erinnerungen an die Überlebenden darstellen. **GK** ■



Denkmal in der Justizanstalt Stein.



Gedenken in Kremser Friedhof Stein

# ENGELBERT DOLLFUSS

## Zum hundertsten Geburtstag des großen Bundeskanzlers von Altbundeskanzler Dr. Josef Klaus<sup>1</sup>

**In ihrer berühmt gewordenen Rede vom 17. Juli 1979 zur Eröffnung des erstmals gewählten Europäischen Parlaments hat als Altpräsident die französische Publizistin und Politikerin Louise Weiss den denkwürdigen Satz gesprochen: „Ich rufe in Erinnerung die Ermordeten, die Opfer, die ich gekannt und geliebt habe, im Kampf für die Freiheit der Person und die Rechte der freien Völker: den Deutschen Walter Rathenau, ... den Österreicher Engelbert Dollfuß ...“.**

**D**urch Europa, aber auch durch Österreich ging ein bewunderndes, manchmal auch verwundertes Aufhorchen. Von einer großen Europäerin und Französin durften wir bei einer so feierlichen historischen Gelegenheit diese glaubwürdige und mutige Ehrenrettung unseres Engelbert Dollfuß vernehmen! War es nicht auch höchste Zeit und hatte es hoffentlich auch seine verdiente Wirkung?

Scheinbar nicht; denn um das 50-Jahr-Gedenken an den Februar und Juli 1934 las man es in Österreich zumindest wieder ganz anders: vom Arbeitermörder und Verfassungsbrecher bis zum Diktator und Klerikofaschisten war da die Rede. Verschwiegen wurde dabei, daß es damals fast überall Versagen und Ablöse der parlamentarischen Demokratie gab, Diktaturen von Polen bis Portugal, an die Spitze getrieben im faschistischen Italien und im nationalsozialistischen Deutschland; daß in sozialdemokratischen Parteiprogrammen noch immer als Endziel die Diktatur des Proletariats herumgeisterte, daß ein seriöses Koalitionsangebot Seipels 1931 und eine Einladung Dollfuß' noch Anfang 1934, am Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs mitzuwirken, von der Sozialdemokratischen Partei abgelehnt worden war; daß es zu

„Volksfront“-Regierungen in Frankreich und Spanien kam und dort obendrein zu einem Bürgerkrieg, der in seinem Ausmaß, seiner Dauer, seinen Zerstörungen und Opfern an Menschenleben zu den bürgerkriegsähnlichen Zuständen bei uns im Verhältnis von tausend zu eins stand – so bedauerlich und verabscheuungswürdig die Ereignisse im schicksalshaften „34er Jahr“ auch bei uns waren.

Verkannt und verschwiegen werden auch heute noch die innenpolitischen und wirtschaftlichen Krisensituationen, in denen sich damals die Österreichische Regierung befand, der von nirgendwoher Verständnis und Hilfe zukam, weder im Kampf gegen die furchtbare Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, noch im Abwehrkampf gegen die Terroranschläge und offensichtlichen Aggressionsabsichten Hitlers – es sei denn von dem wortreichen, keineswegs uneigennützigem und letztlich unverlässlichen Mussolini.

Es gilt daher, das wahre Persönlichkeitsbild und die eigentliche Zielsetzung der Politik des Bundeskanzlers Dollfuß, in dem seine Gegner und Kritiker bis heute nur das Negative, seine Fehler und Irrtümer, seine kleinvüchsige Gestalt, die damals übliche Vorliebe für militantes Gehaben in Kleidung, Gestik und Sprache sehen wollen, freizule-

gen, die geistes- und zeitgeschichtlichen Grundlagen und Voraussetzungen seines politischen Denkens und Handelns herauszustellen und ihn in unserer Erinnerung so zu sehen, wie ihn Louise Weiss „gekannt und geliebt“ hat.

Das Europa der dreißiger Jahre bot – grob gesehen – ein recht diffuses Bild. Totalitären Diktaturen standen von schwachen Staatsmännern und ständig wechselnden Regierungen geführte Demokratien gegenüber. Der Völkerbund in Genf war zur Mimikry einer wahren Völkergemeinschaft herabgesunken. Die Ministerpräsidenten Chamberlain und Daladier ließen sich auch nach der Österreichischen Lektion von Hitler noch immer die Gewaltakte und Völkerrechtsbrüche gefallen und brachten von ihren demütigenden Verhandlungen in München und auf dem Obersalzberg die makabre Botschaft „peace now“ heim, womit sie sich selbst und ihre Völker täuschten, um so zu Vorläufern und abschreckenden Beispielen der „Friedensbewegungen“ der 70er und 80er Jahre zu werden.

Im Angesichte dieser gefährlichen außenpolitischen Szenerie und vor eine, seit 1918 zunehmende, innenpolitische Konfrontation gestellt, mußte Dollfuß versuchen, das Österreichische Dilemma der Ersten Republik zu überwinden. Dieses wurzelte in dem weithin fehlenden Glauben an die wirtschaftliche und politische Lebensfähigkeit des Landes, wozu noch das Ausbleiben jeglicher Hilfe seitens demokratischer Staaten gegen Hitlers Aggressionsabsichten kam.



Altbundeskanzler  
Dr. Josef Klaus

ÖCV-Archiv

Man muß Dollfuß daher zugestehen, daß er aus einem staatsexistentiellen Notstand heraus so handeln mußte – und wer handelt, macht notgedrungen Fehler. Neuwahlen und Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie hätten unweigerlich zufolge massivster Propaganda von außen und unbegrenzt rollender Mark einen Sieg der NSDAP und damit das Ende Österreichs gebracht. War also mit den Wegen und Mitteln der Demokratie in dieser Lage Österreich nicht zu retten, mußte ein anderer Weg gefunden werden.

Dollfuß neigte seit langem der in der Christlichen Soziallehre verankerten, berufsständischen Ordnung zu, die auch in der kurz zuvor erschienenen Enzyklika "Quadragesimo Anno" empfohlen wurde. Auf der Suche nach den Bauprinzipien und Ratgebern für die Errichtung des neuen Staates wandte sich Dollfuß nicht an die Vertreter des faschistischen Korporationstaates, sondern neigte viel eher echten Demokraten wie Kunschak, Staud, Lugmayr, Ernst Karl Winter, Johannes Messner zu. Mit der Ausarbeitung des Entwurfs für eine Verfassung auf berufsständischer Grundlage beauftragte er den Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Otto Ender,



einen Demokraten und Föderalisten reinsten Wassers. Theodor Veiter schreibt in seinem aufschlußreichen Buch „Das 34er Jahr“: „Man mag über die autoritäre Ständestaatsverfassung sagen, was man will, sicher weiß jeder, der damals zu den Insidern gehörte, wie ich, daß Bundeskanzler Dr. Dollfuß ebenso wie Minister Dr. Ender vom besten und lautersten Willen beseelt waren, die Struktur Österreichs verfassungsrechtlich so neu zu formen, daß dieser Staat auf Christlicher wie auch auf demokratischer Grundlage Bestand haben konnte.“

Gottfried Karl Kindermann hat am klarsten und mutigsten Dollfuß' Opfertod in seinem Werk „Hitlers Niederlage in Österreich“ hervorgehoben.

Eva Nicoladoni-Dollfuß, die Tochter des ermordeten Kanzlers, schrieb 50 Jahre später: „Zur persönlichen Tragik meines Vaters gehört es, daß er nicht einmal, sondern zweimal dem Nationalsozialismus zum Opfer gefallen ist. Das erste Mal verlor er sein Leben ... Das zweite Mal verlor er seinen Ruf, seine Ehre: Denn nach dem Krieg wurde seine Rolle im Kampf um Österreich verschwiegen ... Denn die Nationalsozialisten, die Feinde, die ihn ermordet hatten, waren auch Wähler. Und so wurde er

geopfert, auch von seinen Freunden, für diesen recht bedenklichen Aspekt der Demokratie.“

Harte, bittere, aber nicht ganz unbegründete Worte. Viele alte und auch manche unter unseren jungen Wählern waren über das betretene Schweigen rund um die Gestalt des Dr. Dollfuß nicht glücklich. Zwei Fragen stellen sich. Erstens: hätte man die „Ehemaligen“, wie es da und dort geschah, als Dollfußmörder brandmarken und ins linke Lager abdriften lassen sollen? Zweitens: gab es nicht unzählige Akte des Bekenntnisses und der Treue zu Dollfuß? Die Anbringung des Dollfußbildes im ÖVP-Klub neben Kunschak und Seipel hat bisher noch jede Parteiführung gegen unverfrorene Kritik von links mutig verteidigt. Bald nach der Wahl zum Salzburger Landeshauptmann veranlaßte ich die Wiederanbringung der Gedenktafeln, die in der NS-Zeit aus der Kapelle beim Hochtor an der Glocknerstraße entfernt worden waren, weil sie an die Erbauer der Straße, Franz Rehrl und Engelbert Dollfuß, erinnerten. Mitglieder des Aufsichtsrats beteten für die beiden ein Vaterunser, der sozialistische Landeshauptmann Wedenig nahm seinen Hut ab und faltete die Hände. Der Abgeordnete zum

Niederösterreichischen Landtag, Laferl, brachte in der Dollfußkirche auf der Hohen Wand ebenfalls eine 1938 in Sicherheit genommene Gedenktafel wieder zum Vorschein. Seit der Einwei-



**Der am 25. Juli 1934 von Nationalsozialisten im Bundeskanzleramt ermordete Engelbert Dollfuß.**

hung der pietätvollen Krypta 1964 nahm ich jedes Jahr als Bundeskanzler und so oft es auch ging nachher, an der Gedenkmesse teil. Seit der Renovierung der von Kaunitz errichteten Kapelle im Bundeskanzleramt feierte die Regierung mit den höchsten Beamten des Hauses alljährlich am 27. April und am 25. Juli Gedenkgottesdienste.

Dollfuß verdient diese Hochachtung voll und ganz. Ich schließe mich daher noch heute den

Worten an, die ich anlässlich einer CV-Versammlung 1968 unserem großen Cartellbruder widmete: In einer außen- und innenpolitisch gefahrenumdrohten Zeit trat damals der Christlichsoziale Politiker Engelbert Dollfuß an die Spitze der Regierung. Er war ein österreichischer Patriot mit makelloser demokratischer Vergangenheit, ein überzeugter Katholik und voll des besten Willens. Er ging den Weg der autoritären Regierungsweise nicht deshalb, weil er ein von Machtgelüsten besessener Diktator war, nicht weil er in seiner Person die Ideologie des Übermenschen verwirklichen wollte, sondern weil es seiner Meinung nach der einzige Weg war, Österreich aus dem unheilvollen Dilemma seiner politischen Desintegration und wirtschaftlichen Depression herauszuführen und wieder zu einem geordneten und gesunden, selbständigen, vor jeder Erpressung geschützten Land zu machen. ■

*1 Dieser Aufsatz des 2001 verstorbenen Altbundeskanzler Dr. Josef Klaus wurde exklusiv für die Zeitschrift „Die Weiße Rose“ verfasst und ist in derselben – Nr. 3/1992, S. 2 ff. – erschienen. Der Herausgeber der „Weißen Rose“, Dr. Albert Pethö, hat uns dankenswerter Weise die Erlaubnis zur Veröffentlichung dieses Aufsatzes gegeben.*

## „ANTI-FA“ auf Nazi-Pfaden Anmerkungen zur Diskussion um das Dollfuß-Grab und andere Merkwürdigkeiten

**Spricht man mit etwas Sensibilität mit den nunmehr wenigen Freiheitskämpfern und politisch Verfolgten, aber auch mit ihren persönlichen und politischen Nachkommen, so ist in letzter Zeit eine zunehmende Beunruhigung zu registrieren.**

**D**ies liegt nicht nur an einem Klima steigender Intoleranz (Stichwort „Political Correctness“) und

dem geradezu progressiven Glaubwürdigkeitsverlust etablierter Politik. Es gibt auch handfeste Gründe, dass jene, die

für ein freies und demokratisches Österreich standen und stehen, Grund zur Sorge haben.

So werden eindeutige Akte der nachträglichen Anerkennung der NS-Besatzung Österreichs zwischen 1938 und 1945 gesetzt. Wie sonst sollte man die nachträgliche Aufhebung der



Christian Passin

**NR a.D. Mag. Walter Tancsits**

Urteile deutscher Militärjustiz durch Österreich sehen? Schließlich war die erzwunge-

► ne Unrechtshandlung des Anschlusses „null und nichtig“ und damit auch alle daraus resultierenden Unrechtsfolgen. Man vergleiche dazu die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945. Wenn sich Österreich hier zuständig fühlt, akzeptiert es wohl eine gewisse Rechtskontinuität nach dem sogenannten Dritten Reich. Ansonsten müsste es wohl alle Unrechtsurteile fremder, historischer Besatzer korrigieren. So etwa der seinerzeitigen napoleonischen Militärjustiz, beispielsweise gegen Andreas Hofer.

Ähnliches gilt für die jetzt schon doppelte oder dreifache pauschale Amnestie vermeintlich politischer Urteile zwischen 1934 und 1938. Da werden sich wohl etliche Nazis ins Fäustchen lachen und hinter dem schwammigen Begriff „Kampf für den Parlamentarismus“ verstecken.

Und wer denkt, das alles geschehe aus Unwissenheit oder Übereifer im „Antifa-Kampf“, der wird bei der Frage des Doll-

fuß-Grabes eines Besseren belehrt: Es war 1938 eine der ersten Handlungen der Nazi-Besatzer, den im Kampf für Österreich gefallenen Kanzler aus der Seipel-Gedächtniskirche bei Nacht und Nebel in das ursprüngliche Familiengrab zurück zu verlegen. Nach 1945 wollte man keine neuerliche Verlegung zumuten und beließ die Grabstätte als Ehrengrab der Stadt Wien. Genauso wie auch die Gräber anderer Kämpfer für Österreichs Freiheit; z.B. jene von Biedermann, Huth und Raschke am gleichen Hietzinger Friedhof. Und nun wird plötzlich dieser Status – vorerst nur beim Dollfuß-Grab – in Frage gestellt.

Der neue Wiener ÖVP-Obmann Manfred Juraczka hat sich der Sache angenommen und mit der Stadt den Status „Historisches Denkmal“ vereinbart. Das ist ein guter politischer Kompromiss, noch dazu wo in den Unterlagen der Nachkriegszeit die ursprüngliche Widmung nicht mehr ein-

wandfrei auffindbar ist. Jedenfalls sollte man sich bei Juraczka bedanken, dass er sich der Sache angenommen hat, wo es doch heute leider nicht mehr selbstverständlich ist, dass ein VP-Politiker Geschichts- und Österreichbewusstsein zeigt.

Wo aber blieben in dieser Diskussion die sonst so lautstarken Kämpfer gegen die Neo-Nazis? Wer hat in dieser Ehrengrabsache die ertappten „Aberkenner“ wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung angezeigt? Welcher Staatsanwalt ist hier von Amtswegen tätig geworden? Das wäre doch ein glänzender Beweis für die Notwendigkeit des 1992 ins Verbotsgesetz ergänzten Gummiparagraphen 3g: „Wer sich auf andere als die in den Paragraphen 3a bis 3f bezeichnete Weise im nationalsozialistischen Sinn betätigt, ...“. Denn was soll es sonst sein, wenn man die Grabschändung von 1938 wiederholen will bzw. dazu aufruft?

Beim Schreiben dieser Zeilen erreicht mich die Nachricht, dass der nach dem großen Wiener Bürgermeister Karl Lueger benannte Teil des Ringes umbenannt werden soll. Benennungen von Straßen waren und sind immer Teil der Politik eines selbstherrlich agierenden Regimes und seiner Selbstdarstellung. Und da fällt auf, dass es in dieser Stadt ein Che Guevara-Denkmal gibt und dass es einen nach dem Erfinder der Euthanasie und sozialdemokratischem Politiker benannten Julius-Tandler-Platz weiterhin geben soll.

Zurück zur Eingangsbemerkung: Ja, es gibt Grund zur Beunruhigung für unsere ehemaligen Freiheitskämpfer. Es gibt aber auch den Auftrag an die Nachgeborenen, sich wiederum mit dem Gedanken an Widerstand auseinanderzusetzen. ■

*Mag. Walter Tancsits  
Sozialwissenschaftler, war von  
1999 – 2006 Abg. z. NR (VP)*

## EIN BLICK ZURÜCK

### DAS CORPS OTTONEN / DIE OTTONIA – Teil 1 von Dr. Albert Pethö

**Die politische Diskussion, deretwegen vor allem dieser Rückblick verfaßt wurde, ist etliche Jahrzehnte alt ist und entspringt dem Unbehagen linksstehender Kreise an der Zeitgeschichte.**

**D**ie Jahre 1933, 1934, 1938 und auch 1945 zählen gewiß nicht zu den Ruhmesblättern im Wirken der heimischen Sozialdemokratie.<sup>1</sup> Seit Beginn der sozialistischen Alleinregierung haben daher die Versuche nicht aufgehört, durch massive Umdeutung der Fakten ein anderes und für die Linke günstigeres Geschichtsbild zu etablieren. Ein wesent-

licher Bestandteil dieses neuen und mittlerweile seit langem schon nach links hin veränderten Geschichtsbildes ist die Behauptung, daß Österreich keinesfalls zu den Opfern des National-Sozialismus gezählt werden darf; vielmehr wird eine Mittäterschaft Österreichs postuliert und Widerspruch dagegen als „politisch unkorrekt“ bekämpft. Zahlreiche linke Politikfunktionäre haben uns in den letzten Jahren mit dem beständigen Wiederholen der platten Unwahrheit von der Täterschaft Österreichs konfrontiert, sind dabei allerdings immer wieder auch auf Widerspruch gestoßen. Jemand, der sich beispielsweise

an dieses Gesinnungsdiktat nicht hielt, war Otto von Habsburg; ein Mann, der als kompetenter Zeitzeuge die Sachlage sehr genau beurteilen konnte und der jetzt im Juli 2011 unter denkbar großer Anteilnahme der Bevölkerung zu Grabe getragen wurde. Im Jahr 2008 noch hielt der Hohe Herr eine Rede im Parlament in Wien, anlässlich eines Gedenkens an die Okkupation Österreichs von 1938; eine Veranstaltung, die zu den meistbesuchten in der Geschichte des Parlaments zählt; und eine Rede, die zu den bedeutungsvollen in der Geschichte der Zweiten Republik gehört. Mit wenigen Sätzen korrigiert damals der Habs-

burger die von republikanischer Politik und republikanischer Medienszene als öffentlich zu glauben angeordneten Schuldzuweisungen an die Heimat: „Es gibt keinen Staat in Europa, der mehr das Recht hat, von sich zu behaupten, daß er Opfer der Aggression Hitler-Deutschlands war ... Es ist eine Heuchelei, von einer Schuld Österreichs zu sprechen.“ Und Otto von Habsburg erinnert an die wahren Patrioten in jenen düsteren Jahren der roten und braunen Putschversuche und des einsamen Abwehrkampfes des Landes gegen den National-Sozialismus, an die Person des Helden- und Märtyrerkanzlers Engelbert Dollfuß,

an die ins Konzentrationslager gehenden Herzöge von Hohenberg, an General Wilhelm Zehner (denen allen von der Republik bezeichnenderweise keine Monumente errichtet, keine Portraitmarken gewidmet, nach denen keine Straßen benannt sind).<sup>2</sup> Die gleichgeschaltete veröffentlichte Meinung zeigt nach dieser Rede hysterische Reaktionen und ergeht sich in beleidigenden Kommentaren; die Besucher im Parlament allerdings bereiten Otto von Habsburg stehende Ovationen. Ein interessanter Fall, wo man den Unterschied zwischen medial dargestellter Meinung zur tatsächlichen in der Bevölkerung nachvollziehen kann.

### Am Beispiel der Ottonen

Auf einen ersten Blick mögen sich dem Österreicher gerade die Verhältnisse des Landes zur Zeit der Ersten Republik, des Ständestaates und des Zweiten Weltkrieges als aufgrund des Streites der Parteien undurchschaubares Chaos darbieten; wenn man aber die Geschichte der Heimat ein bißchen kennt, kann man die Dinge sehr klar ordnen und durchaus verständlich aufeinander beziehen. Dann erkennt man auch sehr rasch, daß Otto von Habsburg recht hat und nicht seine Kritiker.<sup>3</sup> Der Geschichtsunterricht im Land ist allerdings zunehmendem Niveauverlust ausgesetzt, was auf politische Fehlentscheidungen der letzten Jahrzehnte zurückgeht und Konsequenz ideologischer Absichten beziehungsweise „bürgerlicher“ Ignoranz ist. Heutzutage reduziert er sich vielfach auf eine klischeehafte Beschäftigung mit dem National-Sozialismus und dient der Einprägung behaupteter Täterrollen.

Die Ottonen, nach Otto von Habsburg benannt, sollen hier als kleines und die derzeitige „Geschichtspolitik“ korrigierendes Beispiel benannt sein, ihre bewegte Geschichte ist Be-

leg für einen heute ja geleugneten Österreichischen Widerstand (der zumeist freilich von rechts gekommen ist, während die Linke überwiegend ja, siehe den unrühmlichen Fall des „Republikgründers“ Karl Renner, mit dem National-Sozialismus kollaboriert hat).<sup>4</sup> Angemerkt sei auch, daß die Geschichte der Ottonia beziehungsweise des Corps Ottonen, beide Bezeichnungen sind korrekt, mit der Geschichte etlicher anderer Verbindungen, vorzugsweise Verbindungen des Katholischen Lagers (etwa der Landsmannschaft Maximiliana oder der ÖCV-Verbindung Bajuvaria), Berührungspunkte aufweist. Es ist außerdem die Geschichte des patriotischen wie Katholischen Couleurs zutiefst mit den Kämpfen von 1933–1938 und auch von 1945–1955, dem Ringen Österreichs um seine Selbstbehauptung und Freiheit, verknüpft. Eine Tatsache, deren wir uns in viel größerem Ausmaß bewußt werden sollten und auf die wir allen Grund haben, überaus stolz zu sein.<sup>5</sup>

### So etwa vor 90 Jahren

Die Jahre zwischen den Weltkriegen führen in Österreich zu einer großen Entfaltung der Katholischen Verbindungen. Manche dieser Verbindungen sind klar monarchistisch orientiert. Einige dieser kaisertreuen Corporationen, maßgeblich aus den Kreisen von K.u.K. Offizieren heraus gebildet, sind legitimistische Corps, überkonfessionell, schlagend, allerdings eben klar Österreichisch-patriotisch gesonnen. Ein Österreichischer Sonderfall. Das schlagende Prinzip und das Überkonfessionelle sind hier nicht Zeichen liberal-nationaler, antikatholischer und antiösterreichischer Gesinnung wie bei

zahlreichen der deutsch-nationalen Verbindungen (in deren Reihen wir, sehr bezeichnend, auch spätere Angehörige der Sozialdemokratie wiederfinden)



Karl Burian ermordet am 13. März 1944.

sondern entstammen dem Duellgebot und den Gegebenheiten der alten Kaiserlichen Armee.

Am 26. August 1922 wird im Café Stadlmann in der Währinger Straße in Wien von drei jungen und nunmehr studierenden Österreichisch-Ungarischen Offizieren, vom Infanteriehauptmann Erwin Drahowzal von Allsparg, vom Dragonerobertenant Karl Burian und vom Ulanenoberleutnant Oskar Kozurik die „Deutsch akademische Verbindung Ottonen“ gegründet. Alle drei sind in den Kämpfen des Weltkrieges gewesen, haben Verwundungen davongetragen, sind hoch dekoriert.<sup>6</sup> Kaiserin Zita selbst stimmt mit Handschreiben von 11. Jänner 1926 der Führung des nach ihrem Sohn gewählten Namens „Ottonen“ zu, sowie der Aufnahme des Doppeladlers und der Kaiserkrone in das von Drahowzal entworfene erste Verbindungswappen.<sup>7</sup> (Durch Heirat zwischen den Nachkommen ergibt sich später etwa eine familiäre Verbindung zwischen dem Gründer der Ottonen, Erwin Drahowzal und dem Gründer der

Bajuvaria, Eduard Chaloupka, gewissermaßen indirekt also auch eine Verbindung zwischen Ottonen und Bajuwaren durch die Personen ihre Gründerväter; die Familien Chaloupka und Drimmel bewahren noch persönliche Erinnerungsstücke an Erwin Drahowzal, der 1924, 1925 und 1926 Senior und langjähriger Fuchsmajor seiner Verbindung ist.)<sup>8</sup>

1926 erfolgt unter Senior Drahowzal die Erklärung der Verbindung zum „Legitimistisch akademischen Corps“; die Ottonen werden daher, ursprünglich nicht schlagend, nun zur schlagenden Corporation. Otto von Habsburg wird als Corpsinhaber angesehen, was dieser noch ein Menschenalter später dadurch

unterstreicht, daß er 1994 persönlich Band und Deckel der unter dem Namen „Ottonia“ reaktivierten Verbindung entgegennimmt.<sup>9</sup> Zum Wahlspruch des Corps Ottonen wählt man „Kaiser und Reich“, was ebenso unerschütterliche Romantik zeigt, wie es sich in der Folge als klare und prägende weltanschauliche Vorgabe erweisen wird, der man bis zur letzten Konsequenz (das hat es tatsächlich gegeben) Folge zu leisten bereit ist. Die Farben der Verbindung, dann des Corps, und schließlich auch der wiederbegründeten Corporation sind schwarz-gold-grün; grüner Deckel im Heidelberger Format, grüner Flaus mit goldenen Verschnürungen.<sup>10</sup> Zu den damals bestehenden Katholischen legitimistischen Corporationen, zu den Landsmannschaften Maximiliana, Starhemberg, Austria, Carolina und Ferdinanda, gibt es freundschaftliche Beziehungen; mit der Maximiliana hat man ein Abkommen über das gegenseitige Verhältnis, schlägt man gemeinsam Stiftungsfeste und Kaisergedenkkommerse und chargiert 1930 mit ihr beim

Requiem für Erzherzog Rainer-Karl-Salvator in der Kapuzinerkirche.<sup>11</sup>

Photographien aus dieser Zeit deuten auf eine kleine aber offenkundig festgefügte und auch feine Verbindung; einer der prominenten Alten Herren der Ottonen ist der letzte Chef der Kabinettskanzlei Kaiser Karls, Arthur Graf Polzer-Hoditz; beim Kommers am 7. Oktober 1933 im Hotel Meissl & Schaden in Wien nehmen sowohl Erzherzog Clemens-Salvator wie auch, nach seiner mitreißenden Rede (wahrscheinlich der Festrede) ihm spontan verliehen, der Rektor der Universität Wien, Hochwürden Ernst Tomek (Kirchenhistoriker/Patrologe) das Ehrenband entgegen. Insgesamt hat das Corps Ottonen im Jahr 1938 etwa 70 Mitglieder. Und die Verbindung stellt sich den Stürmen der Zeit; die Ottonen sind in den 1930er Jahren einerseits an jenen starken Strömungen in der Bevölkerung beteiligt, die eine Restauration in Österreich beabsichtigen, andererseits fügen sie sich in die Abwehrfront, welche die Regierungen Dollfuß und Schuschnigg gegen die Gefahr von roter wie von brauner Seite aufrichten. Mit der Intensivierung der weltanschaulichen Auseinandersetzungen scheint in dieser Zeit das Fechten stark

in den Hintergrund getreten zu sein; der Fechtboden wird nicht mehr betrieben. Etliche Mitglieder sind in den Heimatschutzverbänden engagiert und nehmen an den Kämpfen des Jahres 1934 teil; Erich Tjuka, 1918 Korvettenleutnant, übrigens Mohammedaner, Senior

1923 und 1925, fällt als ranghöchster Heimwehrmann bei der Niederschlagung des sozialistischen Aufstandes im Februar in Simmering.<sup>12</sup>

Die Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe des Freiheitskämpfers. ■

## Buchbesprechung

### „Erzähl mir die Geschichte von Pater Titus Helde SDS“

**P**ater Peter van Meijl SDS, Pfarrer der Michaelerkirche in Wien 1, hat im „The Best Kunstverlag“ die Lebensgeschichte von Titus Helde herausgegeben.

Er schildert auf Grund detaillierter Forschungen und unter Heranziehung von Berichten und Lebensschilderungen jener Menschen, die Pater Titus Helde noch persönlich gekannt haben, den Lebensweg des Märtyrers von seiner Geburt als Josef am 5. Mai 1905 in Radolfzell am Bodensee in Baden-Württemberg, seine Familie in Freiburg im Breisgau und seine Schritte in der Jugend zur Entscheidung für den geistlichen Beruf.

Sein Lebensweg führte ihn als Priester durch viele Stationen besonders in Österreich. Wesentlich waren dabei die Tätigkeit in der NS-Zeit in Wien-Mariahilf und ab 1942 im niederösterreichischen Mistelbach.

In dieser Zeit war sein Bemühen auf die Aufrechterhaltung einer religiösen Betreuung der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet, er hatte viele Auseinandersetzungen mit der Gestapo und erlebte deren Versuche des Einbremsens seiner Tätigkeit. Trotzdem konnte er eine aktive Religiosität bei seinen Schützlingen hervorrufen und weiterentwickeln.

Er starb bei der Besetzung Österreichs am 21. April 1945 durch die Kugeln der sowjetischen Soldateska als er versuchte, das Leben seiner Schützlinge und die Ehre der Frauen zu retten.

Dieses Buch ist eine aufschlussreiche Information über diesen Salvatorianer-Priester und seine Zeit. *GK*



- 1 „Litterae“, Zeitschrift der K.a.V. Bajuvaria im Österreichischen Cartellverband, 1984, Ausgabe zum Gedenken an das Jahr 1934; Baier u. Demmerle, S 116
- 2 Vergleiche: Kindermann, „Österreich gegen Hitler“ (Standardwerke zur Thematik), S 338-339
- 3 Kindermann
- 4 Kindermann; Klein, S 31, 127 (Besonders interessante Belegstellen für die sozialdemokratische Kollaboration, zumal Willy Klein, ungewöhnlich für einen Ottonen, Sympathie für die Linke hatte)
- 5 Rill (Zahlreiche Belege für die herausragende Rolle des Österreichischen Cartellverbandes, siehe etwa auch die Anmerkung zu Eduard Chaloupka, S 140); „Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit“
- 6 Prosl, S 29, 39, 40, 41
- 7 Prosl, S 30, 32
- 8 Gespräche mit Kambis Atefie, dem ersten Senior der wiederbegründeten Verbindung und mit Wolfgang u. Nikolaus Drimmel (Drahowzal von Allsparg und Freiherr Rudawka-Rymanowskaya, das Prädikat offensichtlich nach einem Frontabschnitt im Osten gewählt); Prosl, S 40
- 9 Festschrift des Corps Ottonen – Photographie des Hohen Herrn mit Deckel; Gespräch mit Kambis Atefie
- 10 Prosl, S 34; Festschrift des Corps Ottonen
- 11 Festschrift des Corps Ottonen; Prosl, S 35, 73, 74, 77; Klein, S 200, 201
- 12 Prosl, S 29, 36, 47, 53, 67, 79, 80, 83; Klein, S 28, 58, 174; Internet, Universität Wien u. „Wikipedia“, Liste der Rektoren der Universität Wien

## Impressum:

### Medieninhaber und Herausgeber:

Kuratorium der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, 1080 Wien, Laudongasse 16  
Tel: 01/406 11 44  
Fax: 01/401 43-350  
Schriftleitung: Mag. Dr. Michael Höfler

**Fotos:** Archiv, ÖCV, ÖVP-Wien, Parlamentsdirektion, Christian Passin, MH, Eva Zeman, privat

**Satz/Umbruch:** Tanja Pichler, 1070 Wien, Kaiserstraße 94

**Druck:** Druckerei Lischkar, Migazziplatz 4, 1120 Wien

## Urlaubssperre

Das Sekretariat der Bundesleitung und der Landesleitung Wien ist **vom 5. Juli 2012 bis einschließlich 31. August 2012** geschlossen. Dringende Anfragen bitte schriftlich oder telefonisch unter 01/4061144. Ein Journaldienst wird für die Weiterleitung und Bearbeitung sorgen. Im September 2012 ist unser Sekretariat Wien 8, Laudongasse 16, 1. Stock wieder jeden Mittwoch von 10 bis 12 Uhr geöffnet.